



GERO BRELOER / DPA (KL); GRAHN LUFTBILD (GR)



Stadtzentrum von Kaliningrad mit Dom und Börse, deutscher Generalkonsul Sommer

KALININGRAD

## Kreml blockiert Konsul

**F**ast acht Monate nach dem Dienstantritt des deutschen Generalkonsuls im früheren Königsberg gerät die erfolglose Suche nach geeigneten Diensträumen zur politischen Posse. Der Plan, von diesem Sommer an direkt in Kaliningrad Schengen-Visa für Bürger auszugeben, die in der russischen Ostsee-Exklave leben, ist gescheitert. Dabei wird der Bedarf auf jährlich 10 000 Sichtvermerke geschätzt.

Bundeskanzler Gerhard Schröder und Russlands Präsident Wladimir Putin persönlich hatten die Eröffnung der deutschen Vertretung vorangetrieben. Doch bereits die Fahndung nach einem passenden Mietsgebäude wird zur diplomatischen Farce: Alle vier deutschen Vorschläge lehnte Gouverneur Wladimir Jegorow jetzt ohne Begründung ab. Generalkonsul Cornelius Sommer und seine bald zehn Mitarbeiter müssen mit vier Räu-

men in einem Gästehaus am Rande der Stadt vorlieb nehmen. In denen gibt es nicht einmal Schreibtische, Besucher empfängt Sommer im Hotelrestaurant. Da die Vertretungen der EU-Partner Litauen und Polen in Kaliningrad noch keine Schengen-Visa ausstellen dürfen und ein schwedisches Konsulat noch nicht einsatzbereit ist, müssen sich Antragsteller weiter ins 1000 Kilometer entfernte Moskau bemühen – wozu sie wiederum ein litauisches Transitvisum benötigen. Obwohl die EU-Grenze nun in unmittelbarer Nähe verläuft, reisen wegen der Erschwernisse immer weniger Kaliningrader in die Schengen-Staaten. Für die missliche Lage macht Kaliningrads Gouverneur das russische Außenministerium verantwortlich, Moskau dagegen verweist auf die Behörden vor Ort. Tatsächlich benutzt der Kreml das Thema offenbar als Druckmittel: Die Russen erwarten von Berlin Hilfe beim Kauf einer Immobilie in Frankfurt am Main, um dort eine eigene Vertretung zu eröffnen. Das anvisierte Grundstück aber gehört nicht dem Bund – ein juristisches Argument, das für Beamte im Putin-Staat offenbar schwer nachzuvollziehen ist.

IRAK

## Schröders erfolglose Intervention

**M**it Verstimmt werden in der Bundesregierung die bislang erfolglosen Interventionen für eine Freilassung des irakischen Ex-Ministers und Waffenexperten Amir al-Saadi, 66, aus amerikanischer Haft in Bagdad registriert. Der mit einer deutschen Frau verheiratete einstige Saddam-Berater und Chefunterhändler bei den Gesprächen mit den Uno-Inspektoren hatte sich unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Regimes im April 2003 den Amerikanern gestellt. Seitdem sitzt der General, der stets erklärt hatte, sein



Saadi-Ehefrau Helma mit Saadi-Foto

Saadis Ehefrau Helma, nach der ihr Mann ein irakischer Patriot, aber kein Handlanger des Regimes war, hatte die Bundesregierung um Beistand ersucht. Nach gescheiterten Vorstößen des Auswärtigen Amts sprach schließlich Bundeskanzler Gerhard Schröder den amerikanischen Präsidenten George W. Bush direkt auf den Fall an. Der versprach, sich darum zu kümmern, doch Saadi blieb weiter in Haft. Auch Mitglieder der neuen Bagdader Regierung verwendeten sich vergebens für den Wissenschaftler. Nach deren Eindruck verhindert das Pentagon eine Freilassung, weil Beamte dort immer noch glauben, durch Verhöre Saadis Informationen zum Verbleib versteckter Massenvernichtungswaffen oder von deren Programmen zu erlangen.

Land besitzt keinerlei Massenvernichtungswaffen mehr, in einem US-Militärgefängnis am Flughafen unter erniedrigenden Bedingungen in Einzelhaft.